



FREIE BAUERN Dorfstr. 20 19336 Legde/Quitzebel OT Lennewitz

Frau Bundesministerin Julia Klöckner
Bundesministerium für Landwirtschaft und Ernährung
Wilhelmstraße 54

10117 Berlin

FREIE BAUERN Deutschland

Lennewitzer Dorfstraße 20
19336 Legde/Quitzebel OT Lennewitz
Telefon (038791) 80200
Telefax (038791) 80201
kontakt@freiebauern.de
www.freiebauern.de

6. April 2020

Sehr geehrte Frau Ministerin Klöckner,

zunächst einmal möchte ich Ihnen in wenigen Sätzen unsere Initiative FREIE BAUERN vorstellen, die wir vor einer Woche gegründet haben und der bereits mehr als tausend Landwirte angehören. Wir verstehen uns als deutschlandweite Interessenvertretung der bäuerlichen Familienbetriebe und sind davon überzeugt, dass eine durch die Verbindung aus Eigentum und Arbeit geprägte Landwirtschaft die ökonomisch leistungsfähigste und die ökologisch nachhaltigste Agrarstruktur darstellt und dass ein starker bäuerlicher Berufsstand deshalb im öffentlichen Interesse ist. Von unserem Bundessprecher Alfons Wolff darf ich Ihnen an dieser Stelle Grüße ausrichten.

Mit großer Sorge verfolgen wir die aktuellen Entwicklungen auf den europäischen und globalen Milchmärkten. Die deutschen Milcherzeuger hatten noch vor wenigen Wochen berechtigte Hoffnung auf die dringend notwendige Erhöhung der Erzeugerpreise. Nun ist infolge der Corona-Krise auch bei der Milch eine schwere Marktstörung zu beobachten, die sich mit hoher Wahrscheinlichkeit noch deutlich verschärfen wird. Ich bin mir sicher, dass Sie die Hilferufe von Unternehmen und Organisationen der Branche aus den letzten Tagen zur Kenntnis genommen haben. Leider beurteilen einige Milcherzeuger gelegentliche Berichte von leeren Milchregalen nur oberflächlich, was zu falschen Schlussfolgerungen führt.

Tatsächlich sind Warenströme innerhalb der EU, aber auch mit Drittländern erheblich beeinträchtigt und zum Teil zum Erliegen gekommen. Gleichzeitig kann kaum noch Ware an Großverbraucher wie z. B. in die Gastronomie abgesetzt werden, was durch die Absatzsteigerung im Einzelhandel nur marginal kompensiert wird. Ebenso ist abzusehen, dass es bei der Milchverarbeitung zu Komplikationen kommen wird: Fehlende Mitarbeiter, Verpackungen und Zutaten sind sehr wahrscheinliche Szenarien, die zu größeren Problemen in den verarbeitenden Unternehmen führen können.

Parallel dazu registrieren die Molkereien deutlich höhere Anlieferungen im Vergleich zum Vorjahreszeitraum. In Verbindung mit dem üblichen saisonalen Anstieg der Milchmengen in den nächsten Wochen muss man davon ausgehen, dass ein dramatischer Preissturz bevorsteht, wenn nicht kurzfristig und entschlossen gegengesteuert wird.

Wir befürchten, dass die nun von einigen Molkereien und der Bayern MEG an die Milcherzeuger herangetragene Bitte, die Anlieferung deutlich zu senken, kein geeignetes Mittel ist, um eine wirksame Lösung herbeizuführen. Auf freiwilliger Basis entsteht bei den reduzierungswilligen Erzeugern berechtigterweise der Zweifel, ob sich genügend Kollegen solidarisch zeigen werden oder ob man nur wieder allein eine weitere Erlösminderung hinnimmt, während andere ihre Produktion unverändert weiterführen.

Für noch gefährlicher halten wir jedoch die Forderung des Deutschen Bauernverbandes und einzelner Unternehmen der Milchindustrie nach staatlicher Bezuschussung privater Lagerhaltung oder gar nach Öffnung der Intervention. In der Vergangenheit ist oft genug der schmerzhafteste Beweis erbracht worden, dass diese Maßnahmen dazu führen, die Milcherzeugerpreise sehr lange auf einem unerträglich niedrigen Niveau zu zementieren. Die Kosten der schweren Marktstörung würden damit allein den Milcherzeugern aufgebürdet. Diese bauernfeindlichen Vorschläge lehnen wir strikt ab!

Wir bitten Sie, sich dafür einzusetzen, dass auf Ebene der EU eine einzelbetriebliche verbindliche und entschädigungslose Produktionsminderung um 10 Prozent – bezogen auf die Anlieferung des Vorjahresmonats – verfügt wird.

Mit der Umsetzung und Kontrolle sollten die Molkereien beauftragt werden. Milchmengen, die darüber hinaus erzeugt werden, dürfen nicht vom Sammelwagen erfasst werden. Diese Maßnahme würde die Verantwortung für eine zügige Marktstabilisierung auf viele Schultern gerecht verteilen und sie würde keine zusätzlichen öffentlichen Gelder in Anspruch nehmen. Der Zeitraum sollte zunächst nicht befristet sein, um Spekulationen vorzubeugen. Eine Aufhebung sollte erst erfolgen, wenn die Verarbeitung und die Vermarktung wieder vollständig zu akzeptablen Bedingungen gesichert ist.

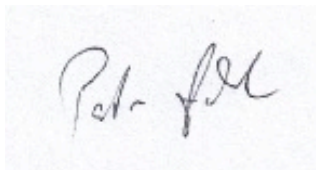
Uns ist sehr wohl bewusst, dass die aktuelle Situation die verschiedenen Unternehmen der Milchverarbeitung entsprechend ihres Portfolios sehr unterschiedlich betrifft. Einzelne Molkereien melden sogar Milchknappheit. Der bedarfsgerechte Austausch des Rohstoffes zwischen den Unternehmen ist jedoch seit vielen Jahren gängige Praxis. Insofern dürften hier keine Probleme entstehen, die gegen unseren Vorschlag sprechen. Lediglich im Bereich der Biomilch, wo dieser Austausch nicht funktioniert, sollte die Reduzierung gesondert geprüft und nach Marktlage entschieden werden.

Ich erlaube mir, abschließend darauf hinzuweisen, dass wir es hier mit einer schweren Marktstörung zu tun haben, die nicht durch das Fehlverhalten der Marktbeteiligten verursacht wurde. Für diese Fälle sollte auf Ebene der EU das von uns vorgeschlagene Kriseninstrument entschlossen angewendet werden.

Die finanzielle Situation auf den Milchviehbetrieben ist Ihnen bekannt. Eine Flut von neu geschaffenen Auflagen und Erschwernissen wird noch weiter zu Lasten der Rentabilität gehen. Zukünftig muss es gelingen, die Milchproduktion krisenfester zu entwickeln. Dazu braucht es die Möglichkeit, Rücklagen zu bilden, also im Durchschnitt nennenswerte Gewinne zu erzielen. Leider sind viele gute Vorschläge zur dauerhaften Stabilisierung des Sektors von der Politik in der Vergangenheit nicht berücksichtigt und ausgerechnet vom Deutschen Bauernverband abgelehnt worden. Mit großer Enttäuschung haben wir auch in der kürzlich veröffentlichten „Sektorstrategie“ vergeblich nach Lösungen gesucht, die eine gerechte Verteilung von Wertschöpfung und Marktrisiko herbeiführen könnten. Gerade in Bezug auf die Gestaltung der Lieferbeziehungen bleibt das Papier weit hinter unseren Erwartungen zurück. Wir wünschen uns, dass es auch an dieser Stelle endlich zu verbindlichen praxisgerechten Lösungen im Sinne der Milcherzeuger kommt. Die verpflichtende Umsetzung des Artikel 148 GMO wäre ein erster wichtiger Schritt zu einer bedarfs- und damit marktgerechten Milcherzeugung.

Gerne stehen wir Ihnen für ein persönliches Gespräch zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen



Peter Guhl
FREIE BAUERN Deutschland
Mitglied der Bundesvertretung